

Niederschrift

über die Sitzung des Sozial- und Seniorenausschusses der Stadt Eschweiler am 17.03.2009, 17.30 Uhr, im Rathaus, Johannes-Rau-Platz 1, Raum 7

Anwesend waren

a) Ratsmitglieder

SPD:

Agnes Zollorsch, Stephan Löhmann, Dieter Könnike, Wilhelm Koch, Dieter Weißhaupt

CSL:

Erika Lennartz, Regina Faschinger, Othmar Krauthausen

CDU:

Ralph Willms

b) Sachkundige Bürger

SPD:

Dieter Monger (bis 20.00 Uhr), Günter Sauer, Ilse Frohn

CDU:

Ruth Felber, Jaqueline Mertens

UWG:

Peter Schubert

Bündnis 90/Die Grünen:

Marlene von Wolff

FDP:

Dorothea Wessels

c) Sachkundige Einwohner:

Peter-Heinz Bauer (bis 20.00 Uhr), Gerd Becker, Mariethres Kaleß, Désirée Müller, Wilfried Pinhammer

d) Verwaltung:

Manfred Knollmann, Winfried Effenberg, Jürgen Rombach, Stefan Graaf (bis 18.45 Uhr), Herbert Töll, Ingo Offermanns, Michaela Engels, Anne Weiland

Thomas Guß - Schriftführer

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- A 1) Genehmigung einer Niederschrift
- A 2) Sachstand „Beschäftigungsförderung für leistungsgeminderte Arbeitssuchende“
- A 3) Verfahren bei Energiekostenrückständen zur Vermeidung von Energiesperren
- A 4) Vorstellung des Selbsthilfebüros des Kreises Aachen
- A 5) Vorstellung der Nachbarschaftshilfe
- A 6) Einführung einer Notfallkarte
- A 7) Änderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009
- A 8) Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“
- A 9) Projekt „Aktiv im Alter“
- A 10) Anfragen und Mitteilungen
 - A 10.1) Sachstand „Beteiligung an LOS-Projekten“
 - A 10.2) Zahlen/Entwicklung Wohnungslose in Eschweiler
 - A 10.3) Woche der Senioren
 - A 10.4) Krankenkostzulagen

B Nichtöffentlicher Teil

- B 1) Anfragen und Mitteilungen

Sitzung

A Öffentlicher Teil

Frau Zollersch eröffnet zunächst die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Insbesondere begrüßt sie Frau Thiel vom Kreis Aachen, Frau Peters von der Nachbarschaftshilfe, Herrn Hinzen und Herrn Ihrig von der EWW sowie die anwesende Presse. Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Antrag des Herrn Graaf wird die Tagesordnung nach einstimmigem Beschluss dahingehend geändert, dass der bisherige Tagesordnungspunkt A 8.1 vorgezogen wird und nun als Tagesordnungspunkt A 2 behandelt wird.

Zu Punkt A 1 der Tagesordnung Genehmigung einer Niederschrift

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt A 2 der Tagesordnung Sachstand „ Beschäftigungsförderung für leistungsgeminderte Arbeitssuchende“

Herr Graaf informiert den Ausschuss über den aktuellen Sachstand. Gemäß des Beschlusses des Kreistages Aachen vom 11.12.2008 wird ein Kreiszuschuss in Höhe von 25 % des durch die ARGE im Kreis Aachen im Rahmen der Förderung nach § 16e SGB II anerkannten Arbeitsentgelts gewährt. Die Förderung erfolgt solange, wie die ARGE im Kreis Aachen einen Beschäftigungszuschuss nach § 16 e SGB II gewährt, zunächst für maximal 24 Monate.

Die Zahlung des zusätzlichen Beschäftigungszuschuss durch den Kreis Aachen ist auf insgesamt 50 Arbeitsverhältnisse beschränkt.

Davon entfallen acht Stellen auf die Stadt Eschweiler.

Von diesen wurden bislang 7,5 Beschäftigungsumfänge mit zusätzlichem Beschäftigungszuschuss des Kreises Aachen in Anspruch genommen.

Der Stadt Eschweiler wurden fünf Vollzeitstellen und eine Teilzeitstelle mit 0,5 Beschäftigungsumfängen bewilligt; darüber hinaus wurden dem Kinderschutzbund Eschweiler vier Teilzeitstellen mit jeweils 0,5 Beschäftigungsumfängen gewährt. Bei den Stellen des Kinderschutzbundes handelt es sich um Tätigkeiten für das Projekt „Geregelte Betreuungsangebote an Grundschulen in Eschweiler“.

Insgesamt sind für Kunden aus Eschweiler 48 Stellen mit einer Förderung nach § 16e SGB II geschaffen worden. Davon befinden sich 37 Arbeitsverhältnisse im öffentlichen und 11 im privaten Beschäftigungsbereich. Im kreisweiten Vergleich wurde in Eschweiler die höchste Anzahl an Förderfällen erreicht.

Frau Zollorsch bedankt sich bei Herrn Graaf für die Ausführungen.

Frau Kaleß berichtet, dass sich diese Fördermaßnahme bereits bewährt hat. Sie hat festgestellt, dass die davon betroffenen Mitarbeiter beim Kinderschutzbund wesentlich motivierter sind und sich mehr in die Gruppe einbringen, da sie sich nun als festen Bestandteil des Arbeitsteams sehen.

Frau von Wolff möchte wissen wo die acht Stellen für Eschweiler eingerichtet sind. Laut Herrn Graaf sind die Personen im Bereich Rathaus (Hausmeistergehilfen), bei den offenen Ganztagschulen sowie im Wald- und Forstbereich eingesetzt.

Herr Koch fragt an, ob die noch zu vergebenden Fördermittel von 0,5 Beschäftigungsumfängen nicht für die Eduard-Mörke-Schule genutzt werden können. Herr Knollmann schlägt vor, dass man sich hierüber zusammensetzen und dann Planungen zu diesem Thema vornehmen sollte.

Zu Punkt A 3 der Tagesordnung Verfahren bei Energiekostenrückständen zur Vermeidung von Energiesperren

Herr Graaf erläutert zunächst die Probleme des Personenkreises die Leistungen nach dem SGB II beziehen. Er macht deutlich, dass der im Regelsatz enthaltene Anteil für Haushaltsenergie zu niedrig sei, um den Energiebedarf des Haushaltes zu decken.

Frau Kaleß begrüßt die geschlossene Vereinbarung macht jedoch deutlich, dass diese Vereinbarung das eigentliche Problem noch nicht löse. Es sei allerdings ein Schritt in die richtige Richtung.

Anschließend erklärt Herr Ihrig die Maßnahmen, die die EWW bereits durchgeführt hat, um das Problem der Energiekostenrückstände in Zukunft zu beheben. Er führt unter anderem den Beratungstag für SGB II-Empfänger in Stolberg, das Verschenken von Energiesparlampen, die geschlossene Vereinbarung mit der ARGE und dem Kreis Aachen, sowie die Einführung von „Prepaidstromzählern“ an. Herr Ihrig weist jedoch noch mal darauf hin, dass die EWW zwar bemüht ist den Kunden entgegenzukommen, jedoch keine sozialpolitischen Entscheidungen treffen werde, wie beispielsweise die Einführung eines Sozialtarifes.

Herr Löhmann befragt Herrn Ihrig und Herrn Hinzen über Stromsperrungen. Er möchte wissen, wie viele Sperrungen durchgeführt werden und welche Kosten für dieses ganze Verfahren entstehen. Weiterhin weist Herr Löhmann daraufhin, dass der Personenkreis, der hauptsächlich von Energiekostenrückständen betroffen ist, oftmals energieineffiziente Elektrogeräte besitzt. Er stellt die Frage, ob die EWW in diesem Bereich nicht die Möglichkeit besitzt, Fördermaßnahmen durchzuführen.

Herr Ihrig erklärt, dass sich die Kunden der EWW von einem Mitarbeiter über eine sparsame Nutzung der Haushaltsenergie beraten lassen können. Als Dankeschön hierfür gibt es ein Geschenkpaket der EWW im Wert von ca. 100,00 €. Hierin sind beispielsweise Energiesparlampen oder abschaltbare Steckerleisten enthalten.

Herr Hinzen teilt mit, dass er keine konkreten Zahlen über die Sperrungen nennen kann, dies jedoch noch mitteilen werde. (Anmerkung des Protokollführers: Laut Frau Rahner –EWW- fallen folgende Kosten im Rahmen des Mahnverfahrens an: Bei der ersten Mahnung wird eine Mahngebühr i.H.v. 5,00 € erhoben. Dann folgt eine Abschaltbenachrichtigung. Reagiert der Kunde hierauf nicht, wird anschließend ein Außendienstmitarbeiter zu den Kunden geschickt, um evtl. durch eine Zahlung des Kunden vor Ort eine Sperrung zu vermeiden. Hierfür fallen weitere 25,00 € / Besuch an. Wenn die Strom- bzw. Gasversorgung gesperrt wurde erhebt die EWW hierfür nochmals 105,00 € für Sperrkosten. Somit kommen bei einem Mahnverfahren Kosten in Höhe von mindestens 135,00 € auf den Kunden zu.)

Herr Hinzen rät den betroffenen Personen dazu, sich frühzeitig mit der EWW in Verbindung zu setzen, um die Möglichkeit einer Ratenvereinbarung aufrecht zu erhalten. Somit können Mahnkosten vermieden werden.

Herr Weißhaupt möchte wissen, wie das Verfahren bei einer Stromsperrung geregelt ist. Laut Herrn Hinzen erhält der Kunde zunächst ein Mahnschreiben mit einer vierwöchigen Frist, um die Rückstände auszugleichen. Sollte der Kunde nicht auf dieses Schreiben reagieren, kann die EWW die Stromzufuhr sperren. Allerdings muss der Kunde drei Werktage vor der Sperrung schriftlich informiert werden.

Herr Löhmann regt an, die Ablesungszeiträume eventuell zu verkürzen, vor allem bei Personen, die in der Vergangenheit bereits durch Rückstände aufgefallen sind.

Herr Ihrig verweist dazu auf die Einführung der Prepaidzähler. So kann der Kunde sich den Strom selber einteilen. Ein Ablesen sei dann nicht mehr nötig.

Herr Rombach erinnert daran, dass bei der geschlossenen Vereinbarung der Personenkreis des Asylbewerberleistungsgesetzes nicht berücksichtigt wurde. Er mahnt an, diesen Personenkreis nicht zu vergessen und auch hierfür eine solche Vereinbarung zu treffen.

Der Sozial- und Seniorenausschuss nimmt die Vereinbarung zwischen dem Kreis Aachen, der Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitssuchender im Kreis Aachen –ARGE- und der EWW –Energie- und Wasserversorgung GmbH- zur Kenntnis.

Zu Punkt A 4 der Tagesordnung Vorstellung des Selbsthilfebüros des Kreises Aachen

Frau Thiel stellt das Selbsthilfebüro des Kreises Aachen vor

Zu Punkt A 5 der Tagesordnung Vorstellung der Nachbarschaftshilfe

Frau Peters stellt die Nachbarschaftshilfe vor. Dabei weist sie daraufhin, dass die Nachbarschaftshilfe noch Personen sucht, die ehrenamtlich helfen wollen. Frau Zollorsch bittet die anwesenden Pressevertreter dies Publikum zu machen.

Zu Punkt A 6 der Tagesordnung Einführung einer Notfallkarte

Der Sozial- und Seniorenausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis und beschließt die Einführung einer Notfallkarte.

Herr Becker erläutert, dass der SKM die Couverts für die Notfallkarte bereitstellt. Herr Effenberg erklärt, dass der Druck dieser Notfallkarte von der Stadt Eschweiler vorgenommen wird.

Frau Zollorsch bittet Herrn Becker darum, bei der nächsten Landesseniorenkonferenz die Notfallkarte vorzustellen.

Zu Punkt A 7 der Tagesordnung Änderung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2009

Herr Rombach stellt kurz die wesentlichen Änderungen des neuen Wohngeldgesetzes vor.

Herr Effenberg berichtet, dass 25 Sozialhilfeempfänger durch die Änderung ins Wohngeld wechseln konnten und somit keine Sozialhilfe mehr beziehen.

Herr Koch verweist darauf, dass durch die Änderung mehr Personen einen Anspruch auf Wohngeld besitzen. Dies bedeutet in der Folge mehr Fälle. Er möchte wissen, ob genügend Personal für die Arbeitsbewältigung der Anträge vorhanden ist.

Herr Rombach erklärt, dass momentan genügend Personal vorhanden ist. Aktuell bestehe kein Handlungsbedarf neues Personal einzustellen.

Zu Punkt A 8 der Tagesordnung Verwaltungsinterne Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“

Herr Töll stellt dem Ausschuss die Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“ vor.

Der Sozial- und Seniorenausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstand in der Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel“ zur Kenntnis.

Zu Punkt A 9 der Tagesordnung Projekt „Aktiv im Alter“

Herr Effenberg stellt das Projekt „Aktiv im Alter“ vor und erklärt, dass die Stadt Eschweiler eine Bewerbung zur Teilnahme an diesem Projekt abgegeben hat.

Herr Knollmann erläutert die haushaltrechtliche Abwicklung dieser Maßnahme. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Maßnahme. Zunächst war fraglich, ob die Teilnahme an diesem Projekt unter Berücksichtigung der Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht möglich war. Doch durch den Landeszuschuss in Höhe von 10.000 € und der Verrechnung der Restsumme in Höhe von 460 € mit dem Honorar für Herrn Jousen, muss die Stadt Eschweiler keinerlei Eigenmittel zur Verfügung stellen.

Herr Löhmann regt an, dass eine Verknüpfung mit den unter A 8 vorgestellten Aktivitäten der Projektgruppe Demographischer Wandel erfolgen kann, wenn die Stadt Eschweiler den Zuschuss zu diesem Projekt erhält.

A 10 Anfragen und Mitteilungen

Zu Punkt A 10.1 der Tagesordnung Sachstand zu „Beteiligungen an LOS-Projekten“

Herr Rombach informiert den Ausschuss über den aktuellen Sachstand. Die Bewerbung ist abgegeben worden – über eine Zuteilung der Stadt ist noch nicht entschieden.

Zu Punkt A 10.2 der Tagesordnung Zahlen/Entwicklung Wohnungslose in Eschweiler

Herr Rombach stellt dem Ausschuss die aktuellen Zahlen und die Entwicklung der Wohnungslosen in Eschweiler vor.

Zu Punkt A 10.3 der Tagesordnung Woche der Senioren

Herr Effenberg informiert die Ausschussmitglieder über die anstehende Woche der Senioren.

Frau Faschinger spricht Herrn Effenberg Dank für die Planung und Organisation aus und bittet darum weitere Flyer zu drucken.

Frau von Wolff begrüßt das Vorhaben ebenfalls, weist jedoch daraufhin, dass ihrer Meinung nach zu wenig kulturelle Angebote, wie beispielsweise Tanz- oder Musikveranstaltungen, angeboten werden. Sollte die Woche der Senioren in Zukunft noch mal stattfinden, sollte dies bei den Planungen berücksichtigt werden.

Herr Effenberg macht nochmals deutlich, dass er die Senioren bei den Planungen der Woche mit einbezogen hat. Alleine die Senioren sollten bestimmen, welche Themen aufgegriffen und thematisiert werden. Weiterhin teilt Herr Effenberg mit, dass durch die Woche der Senioren, mit Ausnahme der Personalkosten, keinerlei Kosten für die Stadt Eschweiler anfallen.

Zu Punkt A 10.4 der Tagesordnung Krankenkostzulagen

Herr Effenberg stellt das Themenfeld der Krankenkostzulage in der Sozialhilfe vor.

Herr Effenberg teilt dem Ausschuss mit, dass der Ausbau der Terrasse des Seniorenzentrums im Zuge des Ausbaus der Marien- und Moltkestraße durchgeführt werden soll. Die Planungen hierfür sind bereits abgeschlossen, der Baubeginn soll voraussichtlich noch in diesem Jahr erfolgen.

Frau Zollorsch bedankt sich bei den Anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.